

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

2.6.1919 (No. 152)



# Karlsruher Tagblatt

Wesenspreis:  
in Karlsruhe frei ins  
Haus geliefert vierzel-  
nig 1,50 M., monatlich  
1,50 M., an  
den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 1,50 M.  
Auswärts durch  
die Post frei ins  
Haus gebracht vier-  
zelnig 1,50 M., Ein-  
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mittelstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Ausgaben:  
die Badische Morgenzeitung  
oder deren Raum  
35 Pf., Reklame 1 M.,  
an erh. Stelle 1,20 M.  
Auf diese Preise  
30% Feuerungszuschlag.  
Rabat nach Zahl.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags,  
feinere Anzeigen wä-  
rend 4 Uhr nachmittags.  
Reklamenschlüssel:  
Geschäftsstelle Nr. 209,  
Berlin Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Verantwortlich für den Inhalt: Martin Gollinger; für Baden, Vokal und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seffner; für Inserate: Paul Kuhnmann.  
Druck und Verlag: C. B. Müllerische Buchhandlung m. B. G., Familien in Karlsruhe. — Verleger: Dr. Kurt Gerhardt, Friedemann, Freystraße 65/66, Telefonamt 1150. Für unverlangte  
Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erbeten, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 2. Juni 1919

Nr. 152.

## Verhandlungen.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-  
bräutet:

Die Undurchsichtigkeit der wahren Absichten  
in den maßgebenden Kreisen in Paris dauert  
an. Die Presse ist weniger denn je ein zuver-  
lässiges Spiegelbild. Die Drohung der Boule-  
vardblätter mit sofortigem Luftbombardement  
Berlins für den Fall der Nichtunterzeichnung  
erreichen ihren Zweck, eine Panikbewegung her-  
vorzurufen, nicht. Der Reichspräsident Ebert  
und der Reichsfinanzminister Dernburg haben  
jedoch noch einmal die Unannehmlichkeit des  
ursprünglichen Versailler Entwurfes ausgespro-  
chen. Aber man kann wohl auch heute schon  
sagen, daß die Aufrechterhaltung jener ur-  
sprünglichen Schandbedingungen in Paris selbst  
nicht mehr die Rede sein kann, wenn auch die  
typische Verlogenheit der Clemenceausen Or-  
gane noch immer dem Volke die brutale Geste  
vorführt. Die englischen und amerikanischen  
Blätter vor allem wissen zu melden, daß die  
deutschen Gegenentwürfe ernsthaft geprüft  
werden, um eine mittlere Linie zu finden.

Daß in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutende  
Erfolge erzielt werden, wird von einigen  
Pariser Gegnern bereits bejammert. Auch ter-  
ritoriale Fragen, besonders die Oberschleisens-  
frage, trotz des Widerstandes der Franzosen, die uns  
räuberisches Großpolen an die Ostflanke  
legen wollen, seien zur Debatte. Dabei gibt  
man sich jetzt in Berlin keinen Illusionen dar-  
über hin, daß die neuen Forderungen der Geg-  
ner, deren Antwort am Mittwoch erwartet wird,  
immer noch das Höchstmögliche, dessen, was unsere  
Regierung mit gutem Gewissen unterschreiben  
kann, überschreiten werden. Es wird also trotz  
der Mahnung des Grafen Brodtkorf-Rangau  
vielleicht zu einer exzessiven Unterschrift kom-  
men.

Clemenceau und Genossen wissen eben, daß  
ihre Lage von der alleinigen Kriegsschuld  
Deutschlands vor der Welt nicht lange mehr  
aufrecht erhalten werden kann. Deshalb wollen  
sie ihren Raubansprüchen, deren wegen der  
Weltkrieg vorbereitet und durchgeführt worden  
ist, künftig durch die Unterschrift Deutschlands  
einen Schein des Rechtes geben. Aber es kann  
nur immer wieder unserm gequälten Volke  
zum Troste wiederholt werden, daß die Welt-  
geschichte auch mit einer ergungenen Vertrags-  
unterzeichnung nicht aufhört. Und so wenig  
wir an eine Erneuerung kriegerischer Re-  
vanchestimmung denken, so ist doch unser Glaube  
an eine stille und langsam arbeitende Gerechtig-  
keit der Weltgeschichte nicht erschüttert.

## Die deutschen Gegenentwürfe.

1. Berlin, 31. Mai.

Die Gegenentwürfe der deutschen Reichsregie-  
rung auf den Friedensvertragsentwurf der Entente  
sind mit den nunmehr überreichten Noten im wesent-  
lichen abgeschlossen. Weiter sind fertig gestellt  
ein Gutachten der Finanzkommission, dann der  
Bericht der Kommission über die Schuld-  
frage, eine Note betreffend die Gefanenen-  
frage, die eine Antwort auf die letzte Cle-  
menceausen darstellt, eine Bemerkung zu dem Artikel  
209, der die türkischen Finanzfragen be-  
trifft und zu Artikel 263, in welchem es sich um eine  
brasilianische Frage handelt und endlich eine  
kurze Anfrage betreffend die in feindlichen Händen  
befindlichen deutschen Werte.

## Die Stellung der einzelnen Ententemitglieder zu dem Friedensvertrag.

Berlin, 1. Juni. Wie die Pariser Ausgabe  
des „Chicago Tribune“ berichtet, hat Präsident  
Wilson gestern beschlossen, auf keinen der im  
Friedensvertragsentwurf enthaltenen Grundzüge zu ver-  
zichten. Gewisse Mitglieder der amerikanischen  
Kommission sollen bereit sein, unwesentliche  
Teile der wirtschaftlichen und finanziellen  
Bestimmungen des Vertrages zu revidieren, falls die  
Deutschen beweisen, daß sie bessere Vorschläge  
machen können. Die englische Delegation ist in  
zwei Teile gespalten, der eine Teil wird  
von Lord George geführt, der andere Teil wird  
von Lord Balfour geführt, während der dritte Teil  
etwas verlässlichere Haltung gegenüber  
dem Feinde und Revindikation derjenigen Teile des  
Vertrages wünscht, welche ohne Opferung wesent-  
licher Grundzüge abgeändert werden können. Die  
französische Delegation ist durchaus für Ab-  
änderung jeder Verringerung. Japaner und  
Italiener erklären, diese ganze Fragen regel-  
mäßig lassen, ohne selbst Einwendung zu machen. Fel-  
sion schließt sich dem französischen Gesichtspunkt  
an.

## Die Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 2. Juni. Die Pariser Ausgabe  
des „Daily Mail“ berichtet aus englischen Krei-  
sen, Deutschland werde den Frieden Ende  
des Monats unterzeichnen. Zunächst  
werden 10 bis 14 Tage für den Meinungs-  
austausch über gewisse deutsche Gegenentwürfe  
veranschlagt. Wenn Deutschland dann die Ver-  
handlungen weiter zu verschleppen versuche,  
werde es ein Ultimatum gegen Ende des  
Monats erhalten. Das englische Blatt deutet  
hiermit Verhandlungen auf zeitlich  
und sachlich breiterer Grundlage,  
als man bisher erwartete, an.

Amsterdam, 1. Juni. Der Pariser Korrespon-  
dent des „Daily Herald“ meldet: Hier neigt  
man zu der Ansicht, daß die Alliierten die deut-

ichen Gegenentwürfe als Grundlage für  
ernsthafte Besprechungen annehmen  
dürften. Ich erwarte, daß 3 Mitglieder des  
Viererrates willens sind, mündliche Be-  
sprechungen zuzulassen. Nur Clemenceau  
bleibt hartnäckig und wird dabei anscheinend  
von Pichon beeinflusst. Es besteht also jede  
Aussicht auf weitere Verhandlungen, und es ist  
sehr gut möglich, daß Deutschland in der Frage  
der östlichen Grenzen wichtige Zugestän-  
nisse erhält.

## Oberschleisen als Schachobjekt.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 2. Juni. Wie der „Berl. Volksanz.“  
zuverlässig hört, sind die Annexions-  
pläne für Oberschleisen nicht nur von polni-  
schen, sondern auch von französischen  
Köpfen ausgedacht worden, und zwar ver-  
birgt sich hinter ihnen ein großzügiges  
Finanzprojekt, das die an Rußland  
feinerzeit geliehenen französischen Militär-  
den für Frankreich retten soll. Hier-  
zu ist aber Oberschleisen mit seinen Kohlen das  
beste Schachobjekt. Polen erhält von  
Amerika eine auf dieses Gebiet verpfändete  
Milliardenanleihe und tritt diese dann  
aus Dankbarkeit für alle den Polen auf deutsche  
Kosten gewährten Freundschaften an Frank-  
reich ab. Der französische Später erhält da-  
mit sein für verloren gehaltenes Geld zurück,  
und der Bewohner Oberschleisiens erhält dafür  
das Recht, die Zinsen für dieses Geschäft im  
Steuerwege aufzubringen.

## Möglichkeit.

Rotterdam, 31. Mai. Der Pariser Korrespondent  
des „Manchester Guardian“ meldet, es bestehe  
die Möglichkeit, daß die deutschen Gean-  
schlüsse in verhandelter Weise behan-  
delt werden. Man müsse bedenken, daß das fran-  
zösische Heer und die Wiederherstellung der  
Wohlfahrt nicht als angenehme Ausfühlen ansehe.  
„Manchester Guardian“ tritt in seinem Leitartikel  
für einen Verhandlungsfrieden ein und fordert  
Vollschleunigkeit in den kritischen Gebieten und so-  
fortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

## Vermorrenheiten und Zweipäufigkeiten in der Pariser Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Versailles, 2. Juni. Die Abendblätter be-  
stätigen, daß fünf englische Minister in  
Paris eingetroffen sind, um an den Beratungen  
über den Friedensvertrag teilzunehmen, und  
verraten gleichzeitig, daß sich innerhalb der  
englischen Delegation zwei Gruppen  
gebildet haben, von denen eine unter Füh-  
rung von Lord George dafür sei, auch nicht  
einen Fuß breit zurückzuweichen, während die  
andere zu Zugeständnissen rät. Die ganze Kon-  
ferenz scheint überhaupt in zwei Lager gespal-  
ten zu sein, denn die französische Presse, die  
wegen der Zensur nichts verraten darf, weiß  
auch auf diesen Zweispalt hin.

Verailles, 1. Juni. Die Unklarheit über  
die Vorläufer in den nächsten Tagen, welche aus  
Informationen englischer, amerikanischer und Pa-  
riser Zeitungen resultiert, läßt sich auch heute in der  
deutschen Presse erkennen.

„Humanität“ stellt dies ausdrücklich fest und  
meint, in allen Punkten befand sich die Unord-  
nung und Zusammenhanglosigkeit der  
Pariser Konferenz. Zweifellos werde man  
halb die Antwort der Alliierten besitzen. Gegen-  
schlüsse, Antworten, Geanantworten, kurz die Dis-  
kussion habe begonnen. Ueberrascht sei eine  
Diskussion dazu ansetzen, der deutschen Regierung  
die schwere Aufgabe der Unterzeichnung zu erleich-  
tern. Dies sei für die französische Regierung eine  
Ergänzung, welche sie nicht unberücksichtigt lassen  
könne.

Auch heute kommt Servé wieder auf seine  
gegründeten Ausfühlen zurück. Frankreich habe den  
unausgeglichenen Vorteil, sich der deutschen Reue, die  
ihren Weg habe, anzuwenden zu lassen. Man werde  
früher oder später durch die eigene Defek-  
tivität in Frankreich dazu angetrieben  
werden, die deutschen Kolonien und die Anleihe-  
dena Defizitrische an Deutschland zu revidieren. Da  
sei es notwendig, diese nicht gelösten Fragen sofort  
zu lösen.

Der Regierung nahestehende Blätter versuchen  
einen sehr scharfen Ton anzuschlagen. Es ver-  
dient jedoch beachtet zu werden, daß „Reit Journal“  
berichtet, in politischen und wirtschaftlichen Kreisen  
herrsche der Eindruck, es sei außerordentlich weni-  
g wahrscheinlich, daß der Vertragsentwurf in  
seinen wesentlichen Teilen revidiert  
werden würde. Die vom Viererrat feinelemente  
Verhandlungen seien das Ergebnis gegenförmiger Aus-  
söhnlichkeit und bildeten einen Wad, den man an-  
nehmen oder ablehnen müsse.

Das Blatt berichtet weiter, daß gestern Abend eine  
Sitzung des Ausschusses stattfand, welcher im Sin-  
ne auf den Vertrag mit Deutschland die einzelnen  
Wörter für eine militärische Wese-  
lung deutschen Gebietes nach Friedens-  
schluß freibleiben und revidieren soll.

Der „Kurier“ verlangt, man müsse anstandslos der  
Satzung der deutschen Regierung keine Zeit ver-  
lieren, und den deutschen Vorschlägen unverändert  
zustimmen und eine kurze Frist für die Annahme des  
unveränderten Vertragsentwurfes stellen. Wenn  
die deutsche Delegation in Versailles nicht unter-  
zeichnen wolle, werde man sie anweisen, in Berlin zu  
unterzeichnen. Nur in diesem Falle dürfe man  
mit Scheitern rechnen.

## Wilson und Clemenceau.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

—b. Versailles, 30. Mai.

Neben den üblichen großen Worten, daß man auf  
der Fassung vom 7. Mai bestehen bleiben würde,  
zeigte die Morgenpresse eine scharfe Verbitterung  
über die amerikanischen Stimmungen. Eine scharfe  
Stellungnahme zu ihnen war noch vermieden. Der  
„Autran“ deutet heute abend den Grund auf:  
die offiziellen französischen Stellen hätten ge-  
schwiegen. Gleichzeitig gibt das Blatt an, daß zwischen  
Wilson und Clemenceau ein Meinungs-  
tausch stattgefunden habe und daß Wilson auf dem Stand-  
punkt bleibe, sich den deutschen Vorschlägen  
anzunähern. Es handelt sich um die Aufnahme  
in den Völkerbund, die finanzielle Kaufkraft, über-  
treflich an Schönheit, und in einer keinen offi-  
ziellen Notiz erklärt er schlüssig die ganzen ameri-  
kanischen Berichte als tendenziöse Stim-  
mungs- und unterantwärtiger Per-  
sonen, die mit der amerikanischen Regierung nichts  
zu tun hätten.

In allen diesen „Unstimmigkeiten“ kann man er-  
kennen, daß der Kampf der Meinungen in sein ent-  
scheidendes Stadium getreten ist. Jede Vorant-  
setzung ist nichtig; denn es besteht die Gefahr, daß die  
Vorläufer der Geheimdiplomatie.

## Ribot geht.

Verailles, 31. Mai. In der gestrigen Senats-  
sitzung hielt anlässlich der Interpellation  
über die Finanzlage Ribot eine dreißig-  
minütige Rede, in welcher er hervorhob, daß das in  
Frankreich herrschende Unbehagen durch die Unklar-  
heit über die finanziellen Verhältnisse, welche das Land  
zu tragen haben werde, verurteilt sei. Ribot stellte  
fest, daß das Budget des Jahres 1919 ungefähr 44  
Milliarden betragen werde, und erklärte, daß die  
französische Regierung zur Deckung dieser Aus-  
gaben, welche abgesehen von 16 Milliarden des Bi-  
llobudgets sich auf militärische Ausgaben bezögen,  
eine Anleihe von 20 Milliarden ausgeben  
müsse. Ferner berechnete er, daß Frankreich bis  
zum Jahre 1926 etwa 25 Milliarden für Kriegsaus-  
gaben und 15 Milliarden für Verschönerungen, also  
insgesamt 40 Milliarden, ausgeben  
müsse. Deutschland werde bis zu diesem Zeit-  
punkt etwa 5 Milliarden bezahlen. Den übri-  
gen Ausfall von 35 Milliarden müsse Frankreich  
gleichfalls decken. Wenn Frankreich sein Budget  
durch die Zahlungen Deutschlands nicht ausgleichen  
könne, dann müsse Frankreich Anleihen aufnehmen;  
aber Frankreichs Bundesgenossen dürften Frankreich  
diese Last nicht ganz allein tragen lassen. Die Aus-  
gaben müßten im Verhältnis der Hilfsquellen jedes  
einzelnen zusammengelegt werden. Solange diese  
Frage nicht gelöst sei, komme man nicht zur Mar-  
che.

Von seiner langen Rede überant-engl. sprach  
Ribot am Schluß seiner Ausführungen ohnmächtig  
zusammen, so daß die Sitzung eine Viertelstunde  
lang unterbrochen werden mußte.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung nahm so-  
dann der Senat einstimmig eine Tagesordnung an,  
in der er erklärte, man müsse das Heine als am  
Frühjahr heranzutreiben zu den gerech-  
tigten und notwendigen Bedingungen, mit Frankreichs  
Bundesgenossen ein Finanz- und Zollabkommen  
treffen, welches Frankreichs Interessen wöhre, durch  
große Erparnisse und freie Entwicklung der wirt-  
schaftlichen Produktion des Landes eine Budget-  
gleichung sicher stellen, der weiteren Ausgabe von  
Staatsanleihen ein Ende setzen und durch so-  
fortige Ausgabe von Liquidationsanleihen die kurz-  
fristigen Staatsanleihen eingehen lassen.

## Die Abfrage.

Verailles, 1. Juni. Wie „Matin“ meldet, ist ein  
Vertreter von Rume, Dronat, gestern abend in  
Paris eingetroffen, um der Friedenskonferenz eine  
Entscheidung der Einwohner von Rume zu unter-  
breiten, nach der ihr Gebiet keinesfalls ohne ihre  
Befragung geteilt werden dürfe.

„Matin“ haben die Südflamen viele Ein-  
wendungen gegen die vorgeschlagene Lösung der  
Abfrage erhoben. Die Entscheidung soll heute  
fallen.

Amsterdam, 1. Juni. Nach einer drabstlosen Mel-  
duna aus Neuhoek wird der „Neuhoek Sun“ aus  
Paris berichtet, daß im Geantrieb zu früheren Be-  
richten, denen zufolge die Reue der Abfrage  
nahe bevorstand, die Lage jetzt ernster ist  
als je.

6. Berlin, 2. Juni. Wie der „Voll. Rinn.“ aus Rom  
berichtet wird, will das Organ Rominos mitteilen  
können, daß der frühere deutsche Volschafter in Wa-  
shington, Graf v. Bernstorff, für den deutschen  
Volschafterposten in Rom vorzusehen sein soll.

## Die irische Frage.

Amsterdam, 1. Juni. Wie das „Allgemeine San-  
deksblad“ berichtet, hat Senator Borah im Kon-  
greß der Vereinigten Staaten eine Entschlebung  
eingebraut, worin gesagt wird, daß kein Friede von  
Dauer sein könne, der nicht den Grundab-  
erkennung der Regierungen ihre Macht der Antim-  
mung der Regierungen entziehen. Die amerikanische  
Friedensabordnung wird deshalb ersucht, womöglich  
durchzugehen, daß die irischen Sinnfeiner  
von der Konferenz gehört werden.

## Einführung der Demobilisierung in Indien.

Amsterdam, 1. Juni. Die Erdanar Telearab  
Combarh meldet aus Bombah von Mittwoch, daß  
weder der Laas in Afghanistan und der Ent-  
wöhnung, die sich militärischweise daraus ergeben  
könnte, die Demobilisierung in Indien einsetzt  
wurde.

## Die hannoverische Frage und die Reichseinheit.

Von Wilhelm Heile, M. d. R.

Es gibt eine hannoverische Frage. Das kann  
süßlich nicht mehr bestritten werden. Und es  
gibt diese Frage nicht etwa bloß für die Han-  
noveraner selbst, oder gar nur für die jogen.  
welfische Partei, die sich selbst die Deutsch-Han-  
noverische Partei nennt. Es handelt sich viel-  
mehr um eine Frage, die für das Verhältnis  
Preußens zum Reiche von entscheidender Be-  
deutung ist. Und da die Regelung des Verhält-  
nisses von Preußen zum Reiche heute, wie über-  
haupt von allem Anfang an seit Beginn der  
deutschen Einheitsbewegung, die deutsche Frage  
war und ist, darf niemand an der hannoverschen  
Frage achlos vorübergehen.

Bis zur Revolution hat man in ganz Deutsch-  
land, und zum großen Teil auch im Hannover-  
land selbst, das Wert von 1866 infolge der Er-  
eignisse von 1871 und auf Grund der weiteren  
Entwicklung des Deutschen Reiches als endgültige  
und unabänderliche Tatsache betrachtet, an  
der man nicht rütteln dürfe, ohne den Reichs-  
bau selbst zu gefährden. Die „welfische“ Partei  
wurde ganz allgemein als bedauerliche Erschei-  
nung mit einem Absehluden hingenommen;  
man begriff den Protest der Alten, wunderte  
sich über die jungen Schwärmer, die leidenschaft-  
licher fast als die alten gegen die preussische Ge-  
waltspolitik protestierten, und nahm im übrigen  
die ganze Bewegung nicht sehr ernst in dem  
Glauben, sie würde allmählich aussterben oder  
doch nur auf einige Sonderlinge beschränkt  
bleiben.

Wir niedersächsischen Antisliberalen haben  
niemals zu den „Welfen“ in so schroffem Ge-  
gensatz gestanden wie die Nationalliberalen.  
Wir haben vielmehr ihren grundsätzlichen  
Rechtsstandpunkt geteilt — darin übrigens un-  
terstützt durch wiederholte Erklärungen Eugen  
Nichters im gleichen Sinne. Dennoch hat es  
zwischen uns und den „Welfen“ immer scharfe  
Wahlkämpfe gegeben, die sich nicht bloß gegen  
deren durchweg reaktionäre Allgemeinpolitik  
richteten, sondern auch ganz besonders gegen  
ihre von uns für verfehlt gehaltene hannoversche  
Politik. Der letzte und wichtigste Gegenfall aber  
war der: Wir waren — und sind — Unitarier,  
Anhänger des Gedankens vom deutschen Ein-  
heitsstaat auf der Grundlage der freien Selbst-  
verwaltung der deutschen Stämme unter Verfesti-  
gung jeglichen politischen Charakters der Ein-  
zelstaaten. Wir hatten also ein Ziel, das auf  
dem Wege friedlicher Entwicklung und gewone-  
nen politischen Kampfes allmählich erreicht wer-  
den könnte, und dem sich doch Deutschland in  
der Tat auch mit Stetigkeit, wenn auch nur  
langsam, bis zum Kriege und auch noch wäh-  
rend des Krieges genähert hat. Die „Welfen“  
aber verfolgten mit ihrer Forderung der Wie-  
derherstellung des Königreiches Hannover ein  
Ziel, das in guten Tagen unerreicherbar war und  
nur erreichbar werden konnte, wenn über Preu-  
ßen-Deutschland ein schweres Schicksal herein-  
brechen sollte. Wenn sie sich auch jetzt, wie schon  
die Wahl ihres offiziellen Namens „Deutsch-  
hannoversche Partei“ beweist, zum Gedanken  
der Reichstreue bekannt haben, so waren sie  
doch immer — und sind sie im Grunde auch heute  
noch — Partikularisten, die nicht im Deutschen  
Reiche den eigentlichen und einzigen deutschen  
Staat sehen, sondern das Deutsche Reich als  
Bund der verschiedenen Staaten denken, zu  
denen neben Preußen in Gleichberechtigung mit  
Bayern, Sachsen und Württemberg auch der  
Staat Hannover gehört.

Seit dem Zusammenbruch des alten Reiches  
sehen die „Welfen“ nun vor der Möglichkeit  
einer Verwirklichung ihrer Hoffnungen. Das  
gewaltige Anwachsen ihrer Anhängerzahl bei  
den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung  
und preussischen Landesversammlung zeigt,  
wie die Aussicht auf Verwirklichung manchen  
in ihr Lager trieb, der sich sonst ablehnend ver-  
halten hätte, weil er weder sein Herz noch  
seinen politischen Sinn an etwas hängen mochte,  
was völlig hoffnungslos war. Aber wenn schon  
diese Tatsache allen ernsthaften Politikern in  
ganz Deutschland zu denken geben sollte, so um  
so mehr noch die weit eindringlichere Tatsache,  
daß die Forderung „ein freies Niederfach im  
freien Deutschland“ im Wahlkampfe die För-  
derung aller Parteien gewesen ist. Die sozial-  
demokratischen Führer, die übrigens meistens  
nicht geborene Hannoveraner sind, haben sich  
zwar nicht zurückgehalten; ihre Wähler aber  
haben in so mancher Wahlversammlung keinen  
Zweifel daran gelassen, daß sie mit ihren nicht-  
sozialdemokratischen Stammesgenossen das Ge-  
fühl teilen, nicht Preußen zu sein und sein zu  
wollen — wie ja auch selbst der überwiegend so-  
zialdemokratische Zentral-Arbeiter- und Solda-  
tenrat Hannovers bei der Reichsregierung die  
Verwirklichung des hannoverschen Freiheits-  
wunsches beantragt hat. Alle übrigen Parteien  
— auch die Deutsche Volkspartei, deren nicht-  
hannoverschen Führer das jetzt ablenken nicht  
haben — haben im Wahlkampfe den niedersächsischen  
Freistaat programmatisch gefordert und dadurch  
zu erkennen gegeben, daß sie diese Forderung











